

22. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

25. Jänner 1950

67/J

A n f r a g e

der Abg. E l s e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend den Streik an den Bundestheatern.

-.-.-.-.-

Seit fast zwei Wochen stehen ungefähr 900 Arbeiter und Angestellte unserer vier Bundestheater im Streikampf um ein Nachziehen ihrer Löhne, welche seit 1939 um 37% gegenüber den anderen Angestellten der Bundestheater zurückgeblieben sind. Dieser Streik wird nach langen, erfolglosen Verhandlungen von Menschen geführt, die mit einem Nettoeinkommen von durchschnittlich 550 Schilling monatlich - diese Zahl wurde für Familienväter berechnet - sich selbst und ihre Familie erhalten müssen. Die Bühnenarbeiter mussten in Laufe der Regierung Schuschnigg und später unter dem Hitlerregime Lohnreduktionen auf sich nehmen. Am schlimmsten trifft sie aber die gegenwärtige Teuerungswelle, die es ihnen unmöglich macht, mit ihren derzeitigen Lohn ihre Existenz zu fristen.

Ihre demnach nur zu berechtigten Forderungen wurden sowohl von der Bundestheaterverwaltung (Ministerialrat Hilbert) als auch vom Finanzminister zurückgewiesen. Ministerialrat Hilbert begründete seine Weigerung, die Forderung der Bühnenangestellten zu erfüllen, mit einem Hinweis auf die Ebbe in der Kasse der Bundestheater; der Finanzminister seinerseits begründete seine Absage an die Bühnenangestellten vorerst damit, dass die Bundestheaterverwaltung über ein eigenes Budgetpauschale verfüge und daher das Finanzministerium mit diesen Forderungen nicht belangt werden könne. In einem Interview erklärte jedoch der Finanzminister, dass die Forderungen der Bühnenarbeiter nicht erfüllt werden könnten, da ansonsten auch die anderen Staatsangestellten Lohnforderungen stellen würden.

Durch diese unsoziale Einstellung des Finanzministers und der Direktion der Bundestheater sind dem österreichischen Staat seit Beginn des Streiks bereits grosse Verluste erwachsen, die in Kürze die zur Befriedigung der Forderungen der notleidenden Bühnenarbeiter erforderliche Summe überschreiten werden. Überdies wächst sich die Störung des Theaterbetriebes durch die halsstarrige und unsoziale Haltung der entscheidenden staatlichen Stellen zu einem Skandal aus, der geeignet ist, das kulturelle Ansehen

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

25. Jänner 1950

unserer Bundestheater im In- und Ausland herabzusetzen und unsere kulturellen Beziehungen schwer zu schädigen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die folgende

A n f r a g e :

Was gedenkt der Herr Bundesminister für Finanzen zu tun, um diesem Skandal ein Ende zu setzen und im Einvernehmen mit der Bundestheaterverwaltung die berechtigten Forderungen der Bühnenangestellten zu erfüllen?

--- -- -- -- --